

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 15. Jahrgang Nr. 2 28. Januar 1998

→ **Verfassungsfeindliche Bestrebungen** Seite 2

Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber (SPD) erläutert im BNR-Interview, warum er den Beschluß des Mainzer Verwaltungsgerichts, die „Republikaner“ nicht mehr durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, nicht hinnehmen will.

→ **Überlebende der Shoa** Seite 4

Eine Dokumentation von Erinnerungsstücken an einstiges jüdisches Leben in Lettland ist zur Zeit im Deutschen Bundestag zu sehen. Seit Jahren sind einige Abgeordnete bemüht, den wenigen überlebenden Opfern des Nazi-Terrors in Osteuropa eine kleine Entschädigung zukommen zu lassen.

→ **Neue Skinhead-Studie** Seite 8

Nach den Ergebnissen einer empirischen Erhebung unter Skinheads verkörpern diese eine relativ normale Jugendkultur. Die Studie ist allerdings nur bedingt aussagekräftig: Sie gibt keinerlei Aufschluß über die 95 Prozent unter den Skinheads, die sich der Untersuchung verweigert haben.

→ **Keine harmlose Sekte** Seite 10

Der Heidenkreis, eine Vorfeldorganisation der „Neuen“ Rechten, pflegt vielerorts enge Verbindungen zu Vertretern der extremen Rechten.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

BNR-INTERVIEW

VG Mainz stoppt Beobachtung
der „Republikaner“

**Kontrolle ist
besser**

Nach einem Beschluß des Verwaltungsgerichts Mainz sollen die rechtsextremen „Republikaner“ nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Die Betroffenen freuen sich, der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber (SPD) wehrt sich. „Blick nach rechts“ befragte Zuber zu der Gerichtsentscheidung. Das Gespräch führte Klaus-Henning Rosen.

BNR: Seit 1992 hat sich bei den Innenministern der Länder die Erkenntnis durchgesetzt, daß die „Republikaner“ verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und deshalb vom Verfassungsschutz zu beobachten seien. Welche waren die tragenden Gründe für diese, auch von Ihnen verfolgte Politik?

Walter Zuber: Wir hatten durch eine sorgfältige Prüfung festgestellt, daß bei der Partei „Die Republikaner“ hinreichende Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen gegeben waren. Das ergab sich u. a. aus deren Agitation gegen die Demokratie in unserem Land, aus Aussagen zur Ausländer- und Asylpolitik, aus dem unreflektierten Umgang mit der eigenen Geschichte der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und aus unterschwelligen Thesen einer völkischen Ordnung, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes widersprechen. Ein derartiges Gedankengut paßt deutlich in das weltanschauliche Bild des Rechtsextremismus. Die sachgerechte und konsequente Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jeder der in unserer Gesellschaft Verantwortung trägt, ist dazu aufgerufen, sich mit allem Nachdruck für dieses Ziel einzusetzen. Wir nehmen diese Aufgabe sehr ernst und haben auch schon Erfolge erzielt. Aber wir müssen wachsam bleiben, denn wir haben es mit einem gefährlichen Gegner zu tun. Deshalb bin ich davon überzeugt, daß der damalige Beschluß der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder richtig war und ist.

BNR: Das Verwaltungsgericht Mainz hat Ihre Entscheidung für die Zukunft korrigiert. Was bedeutet das für den Verfassungsschutz?

Walter Zuber: Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig. Sie hat für den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz deshalb zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen. Bis zu einer Entscheidung durch das Obergerverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz kann die Beobachtung der Partei „Die Republikaner“ durch den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln fortgesetzt werden. BNR: Das Verwaltungsgericht erklärt, es gebe derzeit keine hinreichend aktuellen Gesichtspunkte, daß die „Republikaner“ gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung agitieren. Teilen Sie diese Auffassung?

Walter Zuber: Die Äußerungen der Partei und ihrer Mitglieder zur Ausländer- und Asylpolitik sind für mich nicht hinnehmbar. Sie überschreiten nach meiner Auffassung die durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen, da die Menschenwürde unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gezielt verletzt wird. Außerdem müssen wir bedenken, daß bei der Beobachtung extremistischer Organisationen durch den Verfassungsschutz nicht tagtäglich neue Erkenntnisse anfallen. Erst über einen längeren Zeitraum, in dem viele Einzeläußerungen, Verhaltensweisen und Veröffentlichungen ausgewertet und geprüft werden müssen, ergibt sich ein Gesamtbild einer solchen Organisation, das dann entsprechend bewertet werden muß.

BNR: Haben sich die „Republikaner“ unter ihrem Vorsitzenden Schlierer geändert? (Oder tarnen Sie sich nur besser?)

Walter Zuber: Die „Republikaner“ verstehen es unter ihrem Vorsitzenden Dr. Schlierer, sich nach außen ein moderateres, unverfänglicheres Erscheinungsbild als zu früheren Zeiten zu verpassen. Damit wird der Anschein erweckt, man stehe auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Daß dem offensichtlich nicht so ist, wird u. a. dadurch belegt, daß nicht alle Führungsfunktionäre der Partei mit dem Kurs ihres Vorsitzenden einverstanden zu sein scheinen.

Dies zeigen schon die Wahlergebnisse in der Partei selbst. Es wird zwar nach außen ein Abgrenzungskurs zu anderen rechtsextremistischen Organisationen propagiert, was allerdings immer wieder durch gegenseitige Kontakte

konterkariert wird, die von den „Republikanern“ selbst nicht in der von ihnen nach außen verkündeten Weise geahndet werden.

BNR: Wie ist die Linie des derzeitigen „Republikaner“-Vorsitzenden zu bewerten, den Mitgliedern jede Kooperation mit seinem Vorgänger Franz Schönhuber oder die Mitarbeit in rechtsaußen angesiedelten Sammlungsbewegungen zu verbieten?

Walter Zuber: Ich halte diese Taktik des „Republikaner“-Vorsitzenden Schlierer eher für eine taktische Maßnahme, um die öffentliche Dis-

kussion über rechtsextremistische Tendenzen innerhalb der Partei einzudämmen. Diese Politik zielt sicherlich auch darauf ab, neue Anhänger in weniger gut informierten Kreisen der Bevölkerung zu gewinnen.

BNR: Was bedeutet die Entscheidung des Mainzer Gerichts für die Chancen der REP bei der Bundestagswahl? Wie schätzen Sie diese ein?

Walter Zuber: Ich denke, für eine solche Einschätzung ist es noch zu früh, da die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Mainz nicht rechtskräftig ist.

KOMMENTAR

Taktische „Republikaner“

Zwischen Verfassungsschutzämtern und Politikern gab es Einvernehmen: Die Partei „Die Republikaner“ verfolgt verfassungsfeindliche Ziele; infolgedessen wird sie aufgrund einer Empfehlung der Innenministerkonferenz von den Sicherheitsbehörden beobachtet. Es war nicht leicht, dieses Einvernehmen herzustellen. Die Ämter waren durchweg besser sensibilisiert als die Politiker. Dieses Einvernehmen ist - nachdem in anderen Bundesländern die Gerichte die Beobachtung der REP abgesegnet hatten, durch die Entscheidung des Mainzer Verwaltungsgerichts getrübt. Den Richtern reichen die Erkenntnisse des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes nicht aus, die den Ausschlag für die Entscheidung des Innenministers gegeben hatten, die REP zu beobachten. In Sicherheitskreisen ist die Entscheidung schwer nachzuvollziehen und man sorgt sich, die Richter hätten sich durch die Taktik der „Republikaner“ in ihrem Urteil beeindrucken lassen. Denn seit Franz Schönhuber durch den eher farblosen Dr. Dr. Schlierer sich hat ablösen lassen müssen, sind die REP bemüht, sich den Anschein von Verfassungstreue zu geben. Das Programm war seit jeher glatt gebügelt und von allem Anstößigem freigehalten worden. Wer die „Republikaner“ live erleben wollte, der mußte horchen, was in ihren Versammlungen und an ihren Stammtischen gedacht und geredet wurde: da war Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit pur zu hören. Daß Innenminister Walter Zuber die Entscheidung des Gerichts nicht hinnehmen will, ist vernünftig und konsequent.

KHR

HINWEIS

Wachsame Demokratie

„Demokratie ist verletzlich - Rechtsextremismus in Deutschland“ heißt eine Wanderausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, mit der die Behörde seit Ende 1996 an die Öffentlichkeit herantritt. Die ca. 150 qm große Ausstellung kann von größeren Städten kostenlos für öffentlich allgemein zugängliche Räumlichkeiten angefordert werden.

Die Wanderausstellung wendet sich an alle politisch interessierten Bürger, soll aber besonders auch Jugendliche ansprechen. Neben Schautafeln mit Fotos und Grafiken werden auch Propagandamaterial und Waffen aus der rechtsextremistischen Szene in Schaukästen gezeigt. Eine Demonstration von rechtsextremistischer Skinhead-Musik ergänzt das Informationsangebot ebenso wie ein Computerspiel und verschiedene Broschüren der Verfassungsschutzbehörden zum Rechtsextremismus.

Stationen der Wanderausstellung „Demokratie ist verletzlich - Rechtsextremismus in Deutschland“ im ersten Halbjahr 1998 sind:

30. Januar bis 17. Februar im Regierungspräsidium Dessau

12. März bis 1. April im Stadthaus Potsdam

23. April bis 15. Mai im Freiheitsmuseum Rastatt

28. Mai bis 13. Juni 1998 im Rathaus Magdeburg
Juni/Juli Nikolaikirche Hansestadt Rostock

Informationen:

Bundesamt für Verfassungsschutz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Merianstraße 100, 50765 Köln,
Tel. 0221/792-3838, Fax -/792-1247;
<http://www.verfassungsschutz.de>

Hilfe für die
Überlebenden der Shoa

Sie zählen nur noch Monate

Im Deutschen Bundestag in Bonn wird seit Mitte Januar bis zum 6. Februar eine Ausstellung „Shoa in Lettland“ gezeigt. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR waren einige Abgeordnete darum bemüht, den wenigen jüdischen Überlebenden der Shoa in Osteuropa doch noch eine kleine finanzielle Hilfe an ihrem Lebensabend zukommen zu lassen.

Als die Präsidentin des Parlaments, Rita Süßmuth, die Ausstellung am 13. Januar eröffnete, sagte sie: „Ich bin froh, daß endlich eine Regelung besonders für die baltischen Staaten gefunden worden ist.“ Sie meinte das Abkommen, das tags zuvor zwischen der Bundesregierung und Jewish Claims Conference vereinbart worden war. Nach ihm werden nun endlich die etwa 18.000 Überlebenden des Holocaust in Osteuropa eine monatliche Rente von DM 250,- erhalten. Die Bundesregierung wird dafür von 1999 bis zum Jahr 2002 jährlich 50 Mio DM an die Claims Conference in New York überweisen, die ihrerseits dann die Rente auszahlen kann. Nach jahrelanger Hinhalterei ist damit endlich der Schritt in die richtige Richtung getan worden - freilich behaftet mit einem schwerwiegenden Makel. Die Opfer sind ausnahmslos sehr alt, die meisten arm und krank. Für sie zählt nicht jedes Jahr, sie stehen am Ende ihres Lebens und zählen die Monate. Dennoch sollen sie noch zwölf Monate warten, ehe sie die erste Überweisung erreicht. Zu Recht kommentierte für den „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ dessen Sprecher Lothar Evers: „Trotz dieses Durchbruchs setzt die Bundesregierung ihre unwürdige Verzögerungstaktik fort. Die Haushaltsmittel für die überlebenden Opfer sollen erst in einem Jahr, ab 1999, bereitgestellt werden. Ein weiteres Jahr, das die Opfer nach dem Willen des Kanzleramtes in Armut, Mißachtung und Verzweiflung verbringen müssen. Ein Jahr, in dem zahlreiche Opfer sterben werden, ohne eine Entschädigung erhalten zu haben. ... Eine weitere Verzögerung von einem Jahr ist unmenschlich und für die Betroffenen unannehmbar.“ Der Verband hat mit dieser Forderung recht. Die jetzt im Bundestag gezeigten Fotos und Dokumente beweisen es. Bei der Claims Conference scheint man das auch so zu sehen. Rabbiner And-

rew Baker, der Europa-Direktor des American Jewish Comitee sagte kürzlich dem SPIEGEL, die Claims Conference wolle bereits in diesem Jahr mit der Auszahlung der Renten beginnen, sie also vorfinanzieren.

Mit dem schändlichen „Hitler-Stalin-Pakt“ von 1939 bekam Moskau grünes Licht für die Okkupation der drei baltischen Staaten. Ungezählte Juden wurden nach Sibirien deportiert. Mit dem Überfall der Nazis auf die Sowjetunion im Sommer 1941 kam der Holocaust. Unmittelbar nach dem Einmarsch begann die Jagd auf Juden, besonders in Lettland unterstützt durch lettische „Hilfswillige“ und Freiwillige der Waffen-SS. Von etwa 70.000 lettischen Juden lebten bei der Befreiung um die 1.000. Heute sind es noch 120. Einer von ihnen ist Magers Verstermanis. Als die Rote Armee 1990 Lettland räumte, begann er, nach jüdischen Erinnerungsstücken zu suchen. Er fand fast nichts. Verstermanis ließ sich nicht entmutigen. Er setzte durch, endlich in staatlichen Archiven suchen zu dürfen und wurde nach und nach fündig. Alte Fotos, Urkunden, Briefe, Erinnerungsstücke aus den Ghettos und und KZ's kamen nach und nach zusammen. Einige dieser Exponate sind nun im Bundestag zu sehen. Verstermanis, der aus dem KZ Riga-Kaiserswald fliehen und bei Partisanen überleben konnte, sagte bei der Eröffnung in Bonn, die Ausstellung habe einen hohen symbolischen Sinn. Zwischen Tätern und Opfern liege „ein Meer von Tränen und Haß“. Inzwischen sei man sich aber näher gekommen. „Das ist gut, denn das Leben kann nicht auf der Basis von Rache, sondern auf Verständigung und Annäherung weitergehen.“

Gefragt, wer der Bundespräsidentin vorgeschlagen habe, die Ausstellung im Bundestag zu zeigen, antwortete er spontan „Winni war's“ und wies nach links. Dort stand Winfried Nachtwei, MdB von Bündnis 90/Die Grünen. Er gehört zu den Unentwegten, die sich seit Jahren für die baltischen Opfer verwenden. Nun endlich mit einem wenn auch bescheidenen Erfolg, übrigens maßgeblich unterstützt vom „Verein für Kontakte zu den Ländern der ehemaligen Sowjetunion“ mit Sitz in Berlin, der 1991, 50 Jahre nach dem Überfall auf die UdSSR gegründet wurde und für die Ausstellung mitverantwortlich zeichnet“.

Was unbedingt noch erreicht werden muß, das ist ein Mal der Erinnerung auf dem Gelände des früheren KZ Riga-Kaiserswald am Rande der lettischen Hauptstadt. Dort stehen zahlreiche ziegelrote Mietskasernen, aber nirgendwo findet sich ein Hinweis darauf, was dort Anfang der 40er Jahre geschehen ist.

Heiner Lichtenstein

Offerte in rechts- extremistischen Blättern

„Preußische Tugenden“ gefragt

Ein Unternehmer aus dem nordrhein-westfälischen Velbert sucht in der NPD-Mitgliederzeitschrift seit Monaten Auszubildende für seinen Betrieb. Die politische Gesinnung des Firmeninhabers offenbart sich nicht zuletzt in seinen Rechtsaußen-Kontakten.

In der „Deutschen Stimme“, dem Bundesorgan der „Nationaldemokratischen Partei“ (NPD) findet sich regelmäßig eine Anzeige, mit der Ausbildungsplätze offeriert werden. Unter der Überschrift „Was heißt hier Lehrstellenmangel? - Bei uns nicht!“ - verheißt die Offerte eine zweijährige Ausbildung zum Metallschleifer. Gesucht wird jedoch eine spezielle Art von Azubi. Voraussetzungen die Lehre überhaupt beginnen zu dürfen, sind u. a. „nicht auf dem Weg zur asozialen Selbstverwirklichung“ zu sein und eine „intakte Familie mit Vorhandensein beider Eltern“ vorweisen zu können. Bei Interessenten, „die diese Bedingungen als unzeitgemäß ansehen“, so die Anzeige, „erübrigt sich eine Bewerbung“, da man „preußische Tugenden“ pflege.

„Pulheimer Erklärung“

Ihren Sitz hat die Firma mit dem Namen „Mechano Schliff“ im nordrhein-westfälischen Velbert. Inhaber des Spezialbetriebs für die Bearbeitung von Messing-Armaturen ist der Unternehmer Ulrich Erle (67). Er ist Unterzeichner der sogenannten „Pulheimer Erklärung“, in der es u. a. heißt: „Die gravierenden Mißstände in Deutschland und das Unvermögen der Altparteien, diese zu beseitigen, machen eine starke und zukunftsorientierte Rechtspartei dringend erforderlich“. Deshalb sei „jetzt ein kraftvolles Signal zur Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts“ nötig. „Es muß Schluß sein mit dem Gegeneinander eigentlich Gleichgesinnter. Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen“. Initiiert wurde die „Pulheimer Erklärung“ u. a. von der rechtsextremistischen Zeitschrift „Europa Vorn“ um Manfred Rouhs. Während der Großteil der Unterzeichnenden der „Erklärung“ als Parteimitgliedschaft die „Republikaner“ oder NPD angibt, erstaunt doch die Parteizugehörigkeit von Erle, der hier die CDU nennt.

Karlheinz Hopfeld, tätig als 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle in Velbert, ist das Treiben des ultrarechten Unternehmers Erle wohlbekannt. Ein prallgefüllter Aktenordner findet sich bei der IGM über Erle, den „Hüter wahren deutschnationalen Unternehmertums“ (METALL 12/1985). Dokumentiert ist dort auch die gewerkschaftsfeindliche Haltung des gebürtigen Esseners: Gewerkschafter werden von ihm kurzerhand als „Genossen von der anderen Feldpostnummer“ diffamiert. Bei den IG Metall-Akten findet sich auch ein Kündigungsschreiben von Erle an einen Azubi, in dem er diesem mitteilt, daß er „niemals unbewaffnet“ sei und sich „entsprechende Vorsichtsmaßnahmen“ in seiner „Kampfzeit als Propagandaleiter für eine politische Partei“ angewöhnt habe.: „Bei der Verteidigung meines Lebens habe ich mich bisher äußerst rücksichtslos gezeigt, mehrere Leute mußten schon wochenlang ihre Verletzungen in verschiedenen Krankenhäusern auskurieren“.

Als rechter Sprücheklopfer tat sich Erle schon vor zwölf Jahren hervor. Damals verweigerte er einer jungen Türkin die Lohnfortzahlung bei Krankheit und marschierte vor Gericht. Erle: „Sonst haben wir nachher türkische Chefs und deutsche Arbeitnehmer, so läuft's ja nun nicht“.

Bekannt ist Erle in Velbert für seinen rüden Umgang mit Auszubildenden. Jugendliche, die ihm nicht aufs Wort gehorchen, werden als „unerfreuliches Produkt“, „Schandmaul“, „lebendes, zuckendes Fleisch“ oder als „unerzogener und ungezogener junger Bengel“ beschimpft. Erle, der seit 1978 als Berufsausbilder tätig ist, bedauert auch, daß „leider Gottes die Prügelstrafe in Deutschland abgeschafft wurde.“

Wohlgesinnter zeigt sich der Unternehmer dagegen jugendlichen Rechtsextremisten gegenüber. So sucht Erle Auszubildende nicht nur mittels Anzeigen in der „Deutschen Stimme“, sondern auch in der neonazistischen Schrift „Einheit+Kampf“, die von Kadern im Umfeld der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ herausgegeben wird. In dem Blatt wird zum phantasievollen Widerstand - „täglich, hier und jetzt!“ aufgerufen. Des weiteren propagiert „Einheit+Kampf“ den „nationalen Widerstand“ und kürte Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß posthum zum „Freiheitskämpfer“. Erles Unternehmen wird darin stolz als „kleiner Handwerksbetrieb mit ausschließlich deutschem Personal“ angepriesen. Besonders willkommen sind „Vorbefragte durch das System“.

Anton Maergerle

Sezessionismus als Thema für Rechtsextreme

Freiheit für Franken

Der rechtsextremistische „Bund Frankenland“ unterstützt regionale Sezessionsbestrebungen für ein unabhängiges Bundesland Franken. Verbunden ist die Organisation auch mit dem neonazistischen Medienverbund um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“.

In Franken, das zu Bayern gehört, haben sich in den vergangenen Jahren Ansätze eines Sezessionismus bemerkbar gemacht. Insbesondere in der lokalen rechtsextremen Szene finden sich die Anhänger der Idee eines Bundeslandes Franken. Zu den Organisationen, die dieses Ansinnen vertreten, zählen der „Fränkische Bund e.V.“ und der „Bund Frankenland e.V.“, die rechtsextremistische Konkurrenz. Im Sommer diesen Jahres hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts eine Klage des „Fränkischen Bundes“ (FB) verworfen. Die Karlsruher Richter bestätigten eine Entscheidung des Bundesinnenministeriums aus dem Jahre 1994, daß die Voraussetzungen für ein Volksbegehren in Franken nicht vorlägen. Ziel des 1993 initiierten Neugliederungsbegehrens war ein Freistaat Franken, der neben den drei Bezirken Unter-, Mittel- und Oberfranken auch den südlichen Teil Thüringens und den baden-württembergischen Main-Tauber-Kreis umfassen sollte. Bis zum 27. Juli 1991 fungierte Uwe Meenen als Vorsitzender des „Fränkischen Bundes“. Abgelöst wurde er von Peter Purucker aus Bayreuth, dem heutigen Pressesprecher des 400 bis 450 Mitglieder zählenden Vereins. Aktueller FB-Vorsitzender ist Armin Kohlmann. Die Mitglieder des „Fränkischen Bundes“ gelten dem „Bund Frankenland“ inzwischen als „Systemextremisten“.

Der „Bund Frankenland e.V.“ wurde Ende 1991 in Würzburg gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern des eingetragenen Vereins zählten Uwe Meenen, Waldemar Hirschfeldt, Siegfried Bublies, Gerhard Quast, Michael Hein und Josef Graf. Den Gründungsvorstand bildeten Meenen (32) als 1. Vorsitzender, Hirschfeldt (48) als Schatzmeister und der Student Michael Haller als Schriftführer. Dem bayerischen Verfassungsschutz gilt der befreiungsnationalistische „Bund Frankenland“ (BF),

auch im aktuellen Verfassungsschutzbericht als bloße „Funktionärsgruppe“. Die Mitglieder des „Bundes“ gehörten vielfach der NPD; den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und den „Republikanern“ an, die anlässlich der Bundestagswahl 1994 mit einer „Kampagne ‘Republikaner in den Bundestag’“ unterstützt wurden. Den „Jungen Nationaldemokraten“ gelten umgekehrt Meenen und die seinen als „Gesinnungsfreunde“. Waldemar Hirschfeldt bekleidete 1987 das Amt eines Beisitzers im REP-Landesvorstand von Bayern. Der 30jährige Jürgen Schwab fungierte in der Vergangenheit als REP-Kreisvorsitzender und ist Autor rechtsextremer Periodika wie „Nation & Europa“ und „Staatsbriefe“. Der Gründungsvorsitzende Meenen war 1984 JN-Kreisschatzmeister in Würzburg und kandidierte zwei Jahre später für die „Republikaner“ zum bayerischen Landtag. BF-Gründungsmitglied Bublies war in den 70er Jahren lange Zeit im JN-Landesvorstand von Rheinland-Pfalz aktiv. Ende der 80er Jahre wirkte er vorübergehend als Koblenzer Kreisvorsitzender der „Republikaner“. Gegenwärtig leitet Siegfried Bublies den gleichnamigen Verlag in Koblenz und ist leitender Redakteur der unregelmäßig erscheinenden nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“, deren Redaktion Meenen und Quast in der Vergangenheit angehörten. Von 1990 bis Ende 1993, also parallel zu seinem Engagement beim „Bund Frankenland“, fungierte Quast erstmalig als verantwortlicher Redakteur der „Jungen Freiheit“ (JF). Nach einer längeren Pause wurde er vor rund zwei Jahren wieder JF-Redakteur und ist inzwischen zuständig für die Rubrik „Im Gespräch, Natur & Umwelt, Österreich“. Der Burschenschafter Jürgen Schwab überbrachte im Dezember 1994 beim „1. Europäischen Kongreß der Jugend“ der „Jungen Nationaldemokraten“ eine Grußbotschaft des „Bund Frankenland“ und der 1993 erstmals veröffentlichten und dem „Bund“ verbundenen Zeitung „Junges Franken“ („Zeitschrift für die Sache des Volkes“). Seit 1995 erscheint „Junges Franken“ als Teil des „nationalen Medienverbundes“ um die „Berlin Brandenburger-Zeitung“. Für das Periodikum „Junges Franken“ zeichnet derzeit Klaus Beier, Funktionär der NPD – u. a. Beisitzer im bayerischen Landesvorstand – und JN aus Miltenberg, verantwortlich.

Ziel des „Bund Frankenland“ ist, in Übereinstimmung mit dem Konzept des Ethnopluralismus und der Regionalismuskonzepte neurechter Theoretiker wie Henning Eichberg, eine „weitgehend selbständige, dezentral verwaltete Region Franken“.

Eine „Zusammenarbeit mit Organisationen gleicher Art in anderen Regionen und Nationen“ wird angestrebt, dazu wurde 1994 die „Deutsche Volksfront“ (DFV) initiiert. Zusammen mit der NPD und ihrer Nachwuchsorganisation demonstrierte der BF in der Vergangenheit mehrfach gegen die damals geplante Moschee in der fränkischen Kreisstadt Karlstadt. Im seit Anfang der 90er Jahre aktiven „Frankenrat“, einem organisationsübergreifenden Rahmenprojekt der extremen Rechten in Franken, finden sich neben Meenen und Schwab vom „Bund Frankenland“ weitere militante Rechtsextremisten wie Falco Schüssler, Mitglied der inzwischen verbotenen FAP, und Axel Schunk, Aktivist der ebenfalls verbotenen „Wiking-Jugend“, Frank Schulz von der illegalen „Nationalen Offensive“, oder Werner Eichinger und Uwe Schyia von der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“.

Zu den veröffentlichten Materialien des BF zählt auch ein völkisches Flugblatt aus dem Jahr 1993 („Es geht hier doch nicht um Staats-, sondern um Volkszugehörigkeit!“). Das alte Motto „Ausländer raus!“ taucht in der nationalrevolutionären Variante von Andrea Petersen alias Thora Ruth auf: „Man brachte die Menschen zur Arbeit, umgekehrt wäre es richtig gewesen.“ Immigration wird in der

Schrift als „Verausländerung“ denunziert und gilt als „Verbrechen ungeheuren Ausmaßes, das sich von den Verantwortlichen nur noch mit Lügen und unsinnigen, millionfach wiederholten Parolen rechtfertigen läßt.“

Auf ein anderes Flugblatt des „Bundes Frankenland“ reagierte prompt einer der nationalrevolutionären bundesdeutschen Cheftheoretiker, Dr. Reinhold Oberlercher aus Hamburg: „so genau wünsche ich mir die öffentliche Rede an unser Volk, nämlich vermittelt durch klare Feindsprache. Erstmals lese ich ein Flugblatt, das ohne Wenn und Aber auf den Staatsuntergang BRD setzt“. Ende 1994 lud der „Bund Frankenland“ zu einem Wochenendseminar mit Oberlercher ein. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem Privatdozenten Oberlercher war auch ein angekündigtes „Nationales Notstandsprogramm für Franken“. Zum bis heute verbreiteten Propagandamaterial des „Bundes Frankenland“ zählten verschiedene agitatorische Aufkleber. Eine Aufkleberserie des BF wurde bei der ebenfalls in Würzburg ansässigen „Deutschen Volksfront“ neu aufgelegt und vertrieben. Als presserechtlich Verantwortliche der braunen „Volksfront“ fungierten Meenen und Hirschfeld.

Sönke Braasch

NPD wieder im Vormarsch

Stuttgart/Stavenhagen - Auf dem 27. Bundesparteitag der NPD am 10./11. Januar d.J. im mecklenburgischen Stavenhagen wurde der bisherige Bundesvorsitzende Udo Voigt mit 85 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Voigts Vorgänger im Amt des NPD-Vorsitzenden, der im Bruchsaler Gefängnis einsitzende Günter Deckert, schaffte nicht mehr den Sprung in den Parteivorstand. Deckert, der innerhalb der NPD zunehmend isoliert ist und dort als „Ein-Thema-Mann“ (notorische Leugnung des Holocaust) gilt, konnte bei sämtlichen Wahlgängen lediglich rund 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Als stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende wählte der Parteitag Rechtsanwalt Hans-Günther Eisenecker aus Schwerin, Jürgen Schön aus Sachsen und Udo Holtmann aus Nordrhein-Westfalen. Von den bisherigen Bundesvorstandsmitgliedern kamen neun nicht mehr in das höchste Führungsgremium. Neu in den Bundesvorstand wurden u. a. Roswitha Schumann (Thüringen), Klaus

Beier, Jürgen Distler, Jens Pühse (Bayern), Steffen Hupka und Frank Schwerdt (Berlin; ehemals „Die Nationalen“) gewählt. Gastredner auf dem Parteitag war auch der einstige Rechtsterrorist Manfred Roeder, der u.a. weitere Aktionen gegen die „unsäglich-e ‘Antiwehrmachtausstellung’ des Kommunisten und Geschichtsfälschers Hannes Heer“ ankündigte. Wie die Internet-Ausgabe der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ) berichtete, rief Roeder den Parteitagsdelegierten zu, daß der „Kampf“ „nicht nur um Parlamentssitze geführt werden“ solle. Stattdessen solle der „nationale Widerstand“ „auch und vor allem auf der Straße geführt werden“. Wegen seiner zur Gewalt aufrufenden Rede auf dem NPD-Parteitag hat die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg gegen Roeder mittlerweile Vorermittlungen wegen des Verdachts auf Hochverrat eingeleitet. Nach Angaben der BBZ will sich die NPD, die derzeit 5.000 Mitglieder in ihren Reihen zählt, auch in Zukunft an allen Wahlen beteiligen. Für die Wahlen zum Bundestag würden bereits Unterschriften gesammelt. Schwerpunkte seien aber die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 1998 und Sachsen im Frühjahr 1999. A.M.

Ergebnisse einer Studie über Skinheads:

Ganz normale Jugendliche?

Nach einer empirischen Erhebung unter Skinheads in der Bundesrepublik präsentieren diese eine „normalere“ Jugendkultur, als etwa ihr Ruf vermuten läßt. Berücksichtigt werden muß allerdings, daß lediglich fünf Prozent der befragten 8000 Skinheads die Fragebögen überhaupt beantwortet haben.

Über die jugendliche Subkultur der Skinheads, ihre Auffassungen, Besonderheiten und Stile, wurde und wird in Öffentlichkeit und Wissenschaften vielfach berichtet und analysiert. Dies geschieht allerdings meist ohne eine Datengrundlage auf Basis der empirischen Sozialforschung. Vor diesem Hintergrund verdienen die Ergebnisse einer ersten derartigen Untersuchung um so größeres Interesse. Im Winter/Frühjahr 1995 verteilten und versandten der Sozialpädagoge Helmut Heitmann und seine Mitarbeiter 8.000 Fragebögen, wobei sie um der Repräsentativität willen darauf achteten, jedes Bundesland und nicht nur größere Städte in die Befragung einzubeziehen. Bis Ende des Jahres erhielten die Forscher 406 ausgefüllte Fragebögen zurück (307 aus Westdeutschland, 87 Bögen aus Ostdeutschland und 12 Bögen ohne Angaben zu dieser Frage), was sie angesichts der Schätzungen von 6.000 bis 8.000 Skinheads in der Bundesrepublik für einen akzeptablen Wert hielten. Der Fragebogen bestand aus 14 Seiten mit insgesamt 69 Fragen, die allerdings leider nicht in dem die Ergebnisse der Untersuchung präsentierenden Aufsatz „Die Skinhead-Studie“, abgedruckt in dem von Klaus Farin herausgegebenen Sammelband „Die Skins. Mythos und Realität“ (Berlin 1997, S. 69-95) enthaltenen Aufsatz dokumentiert wurden.

Heitmann beschreibt zunächst die Situation in der sozialwissenschaftlichen Forschung und stellt fest, daß empirisches Wissen über die Grundgesamtheit Skinheads nicht oder nur in geringem Maße vorliege. Anschließend stellt er Ansatz und Zugang der Studie und die gewonnenen Strukturdaten für eine erste Beschreibung der Szene vor. Danach präsentiert der Sozialpädagoge die Ergebnisse für die Bereiche Familie, Beziehung, Wohnung und Unterhalt, Arbeits- und Lebenssituation, Freizeitaktivitäten und Clique, Ansichten zu Politik und Ge-

sellschaft und die Einstellungen zur Gewaltproblematik.

Als Resultate der Untersuchung ließ sich folgendes feststellen: Überwiegend zählen zu den Skinheads Männer, ihr Anteil bei den Befragten betrug 87,3 Prozent. Nur wenige der Befragten (2,7 Prozent) waren 15 oder jünger, jeder Fünfte (20,2 Prozent) zwischen 16 und 18 Jahren, die meisten (31,8 Prozent) zwischen 19 und 21 und etwa ein Viertel (24,6 Prozent) zwischen 22 und 24 Jahre alt, 25 Jahre und älter waren 20,6 Prozent. Hinsichtlich der Verweildauer in der Szene kam es zu folgenden Ergebnissen: Knapp ein Drittel (32,8 Prozent) gehörte den Skinheads bereits zwei bis drei Jahre an, 35,4 Prozent vier bis sechs Jahre und länger als sieben Jahre noch 27,7 Prozent der Befragten, was insgesamt für eine relativ lange Verweildauer in der Subkultur spricht. Hinsichtlich der Schulabschlüsse zeigten sich nur geringe Unterschiede zur Gesamtpopulation von Jugendlichen in der Bundesrepublik: 23,1 Prozent der Befragten verfügten über einen Hauptschulabschluß, 50,5 Prozent über die mittlere Reife und 24,9 Prozent hatten Abitur.

Von den Befragten waren 5,7 Prozent verheiratet, 57 Prozent lebten in loser bis fester Beziehung und 36,3 Prozent waren Singles, fast die Hälfte (43,9 Prozent) lebte noch bei den Eltern oder bei Verwandten und knapp jeder Fünfte (18,8 Prozent) allein, was zusammengekommen vergleichsweise hohe Werte für das „Alleinsein“ insbesondere der höheren Altersgruppe ergibt. Über ein eigenes Einkommen verfügte weit über die Hälfte der Befragten (60,5 Prozent), 31,6 Prozent hatten einen Nebenjob, 9,9 Prozent bezogen Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe und der Rest wurde ganz oder teilweise von den Eltern unterhalten. Hinsichtlich des Berufsstatus antworteten 42,1 Prozent mit Auszubildender oder Schüler, 18,6 Prozent mit Facharbeiter, 8,8 Prozent mit Angestellter, 7,3 Prozent mit Student und 9,3 mit arbeitslos. Eher zufrieden mit der gegenwärtigen Ausbildungs- und Arbeitssituation zeigten sich 62,3 Prozent, eher unzufrieden 37,7 Prozent der Befragten und bei der persönlichen Zukunftseinschätzung zeigten sich 40,3 Prozent eher optimistisch und 8,7 Prozent eher pessimistisch – was zusammengekommen dafür spreche, daß Skinheads eine eher optimistische persönliche Grundstimmung hätten.

Hinsichtlich der „Sonntagsfrage“ („Welcher Partei würde ich meine Stimme geben, falls nächsten Sonntag Wahlen wären?“) ergab sich eine Zustimmung für alle rechtsextremistischen Parteien zu-

sammen mit 25,8 Prozent, für die PDS von 23,9 Prozent, für SPD 20 Prozent, Bündnis 90/Grüne 17 Prozent, CDU 5 Prozent. Allerdings muß bei diesen Zahlenangaben berücksichtigt werden, daß sie sich nur auf diejenigen beziehen, die auch eine Parteienpräferenz angaben, denn 43 Prozent der Befragten verstehen sich als Nichtwähler. Außerdem wurde noch nach den Einstellungen zu anderen Gruppen bzw. scene-internen Fraktionen gefragt. Danach lehnten 78,1 Prozent Autonome, 69,1 Prozent Naziskins und 32,9 Prozent Ausländer ab. Zusammenfassend meint Heitmann: „Es handelt sich insgesamt bei Skinheads um eine sehr ambivalente, flexible und differenzierte, aber auch erheblich 'normalere' Jugendkultur, als ihr Ruf vermuten läßt. Skinheads entstammen weder einer Armutspopulation, noch leiden sie an herausragenden Bildungsdefiziten“ (S. 92).

Optimistische Grundstimmung

Die Studie kam insgesamt zu überraschenden Ergebnissen, die dem vorherrschenden Bild dieser jugendlichen Subkultur widersprechen. Insofern zeichnet sie ein anderes, differenzierteres Bild von den Skinheads. Gleichwohl ist zu fragen, ob die Schlußfolgerungen aus dem Datenmaterial in der von Heitmann formulierten Art und Weise so analytisch zulässig sind, denn er berücksichtigt nicht genügend ein Problem seiner empirischen Basis: das der Repräsentativität der Studie. Der Rücklauf von 406 von 8.000 verteilten oder verschickten Bö-

gen ist keineswegs einfach als akzeptabler Wert bezeichnbar, denn lediglich fünf Prozent haben geantwortet. Sicherlich waren kaum andere Erhebungsformen möglich, als die von den Forschern gewählte, allerdings hätte man die dabei aufkommenden Schwierigkeiten für die Repräsentativität der Daten und damit der Aussagekraft der Analyse stärker problematisieren müssen. Wer sind denn die 95 Prozent nicht antwortenden Skinheads? Aus welchen Gründen haben sie nicht geantwortet: Aus Angst vor der Erforschung ihrer fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Gesinnung, aus Desinteresse oder Inkompetenz am oder beim Ausfüllen des Bogens?

Derartige Motive sind durchaus vorstellbar und sie würden auch bestimmte, als überraschend erscheinende Ergebnisse erklären, wie etwa den relativ hohen Anteil von knapp einem Viertel Abiturienten oder die hohen Zustimmungen für SPD und Grüne mit zusammen 37 Prozent oder für die PDS mit fast 24 Prozent, bzw. 21 Prozent oder 14 Prozent mit den Nichtwählern. Es ist zu vermuten, daß die nicht für die Skinheads repräsentative einseitige Zusammensetzung der Befragten zu einer Verzerrung nicht nur des Datenmaterials, sondern auch der Analyse geführt haben. Vor diesem Hintergrund sollten die Ergebnisse der Untersuchung mit einer gewissen Vorsicht wahrgenommen werden. Insofern gilt auch nach dieser Studie die Feststellung über den Kenntnisstand der Sozialwissenschaften: Empirisches Wissen über die Skinheads liegt nur in geringem Maße vor.

Armin Pfahl-Traugbber

Arteigene Deutsche

Sinning - Das oberbayerische Dörfchen Sinnig ist wegen des angestrebten Umzugs des NPD-Verlages „Deutsche Stimme“ bundesweit ins Gerede gekommen (vgl. BNR 1/98). Initiator ist der dort ansässige Rechtsextremist Anton Pfahler, dem Kontakte zur terroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann und der „Wiking-Jugend“ nachgesagt werden. Pfahler, der auch im Adreßbuch des verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen aufgeführt ist, ist Kopf des „Naturreligiösen Stammesverbandes der Bajuwaren“. Dieser ist aufs Engste mit der militant antichristlichen und latent antisemitischen „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE), der bedeutendsten neugermanisch-heidnischen Gruppierung im bundesdeutschen Rechtsextremismus, liiert. In einem Rundbrief, veröffentlicht im ANSE-Organ

„Huginn+Muninn“, spricht Pfahler von einem neuheidnischen Siedlungsprojekt in Sinning (heidnische Siedlungsgemeinschaft am Mühlbach). Dieses verfüge dort über ein Gelände mit 4.000 qm und habe darauf einen Versammlungsraum von 60 qm errichtet. Dem Rundbrief ist zu entnehmen, daß im direkten Umfeld von Pfahler bereits neuheidnische Rechtsextremisten wohnen: „Um unser Leben arteigen und damit im seelischen Gleichgewicht führen zu können, wünschen wir eine Ansiedlung von ähnlich denkenden Deutschen. ...“ Langfristig ist an den Aufbau einer Lebensmittel-selbstversorgung, einem eigenen Kindergarten und einer Schule gedacht.

Die Gemeinde Sinnig ist über die neuheidnischen Aktivitäten Pfahlers vor Ort nicht informiert, wie der Bürgermeister Xaver Schiele (SPD) dem „blick nach rechts“ auf telefonische Nachfrage mitteilte.

A.M.

Neuheidnisches Brauchtum mit
rechtsextremistischer Würze

Ganz harmlose Vereinsziele

Der Heidenkreis: Eine Vorfeldorganisation der „Neuen“ Rechten - mit engen Verbindungen zur alten

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Vergin kann ein Lied davon singen: wenn es um neuheidnische Gruppierungen und deren Verbindungen zur extremen Rechten geht, erweist sich das Wissen der Bundesregierung als begrenzt, obwohl ein Teil der Regierung sich christlich nennt und schon aus diesem Grund ein besonderes Interesse für diesen Bereich zeigen müßte. Dabei müßten die Verantwortlichen nur ein wenig lesen. Dann könnte alles so einfach sein.

Da gibt es z. B. in Hamburg einen eingetragenen Verein namens „Heidenkreis“. Natürlich ist er ganz harmlos. Denn in der Vereinsatzung steht, daß der Vereinszweck „die Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich der Grundlagen und Geschichte unserer Kultur, die Förderung der Bildung über die germanischen Naturreligionen, die Förderung des Umwelt- und Denkmalschutzes, die Förderung der Völkerverständigung sowie die Förderung des heidnischen Brauchtums“ ist. Nur noch eine Zugabe zur Beteuerung der Unverdächtigkeit ist der folgende Satz: „Der Verein verfolgt keine politischen Ziele.“ Alles ganz harmlos? Ein Blick auf die Personen, die am 18. September 1995 den Verein gegründet haben, läßt das Gegenteil vermuten. Zumindest fünf der sieben Gründungsmitglieder sind bisher bereits durch Verbindungen zur extremen Rechten bekannt geworden. In der Mehrzahl handelt es sich dabei um Organisationen der „Neuen“ Rechten, aber der Weg vom Vereins-sitz Hamburg zum Heideheim des neuheidnischen Multiaktivisten Jürgen Rieger erweist als nicht nur räumlich kurz.

Von Hamburg nach Hetendorf

Gründungsmitglied Iris-Kathrin Fischer hat in diesem Jahr gemeinsam mit ihrer Mutter an der Hetendorfer Tagungswoche des Rieger-Clans teilgenommen. Mutter Helgard ist auch zuständig für den Vertrieb der ersten CD, die die Tochter unter dem

Künstlernamen Swantje Swanwhit produziert hat. Der heidnischen Gesinnung angemessen, wimmelt es in den Liedern von Naturgeistern, Elfen und ähnlichen Wesenheiten. Dem Vereinszweck „Förderung des heidnischen Brauchtums“ mag das durchaus angemessen sein, aber ob das Zusammentreffen mit zahlreichen Referenten und Aktisten der extremen Rechten nur Zufall und unpolitisch war? Die Anwesenheit von Fischer/Swanwhit, wieder gemeinsam mit der Mutter, auch beim gut bewachten Leinerntenfest der „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas“ bei Dresden im August läßt auf das Gegenteil schließen. Die geschichtsrevisionistischen Äußerungen ihrer Mutter dort, wonach die Juden in Auschwitz „an Seuchen und an ihrem eigenen Dreck gestorben“ seien (Stern 38/97, S. 56), dürfte selbst ein naives Gemüt nicht als unpolitisch begreifen. Kontakte haben Mutter und Tochter auch zum Arbeits- und Forschungsbereich Walther Machalett, dessen Hauptaufgabe die Erforschung der Externsteine ist, bei dessen jährlichen Treffen in deren Nähe aber auch über „Auraphotographie“ referiert wird, Hanna Joel zur Runengymnastik einlädt und allgemein ein Stelldichein der Vertreter der unterschiedlichsten neuheidnischen Gruppierungen und einer völkisch-nordischen Vor- und Frühgeschichtsforschung auf heiligem, quasi neutralen Boden stattfindet.

„Unpolitische“ heidnische Aktivitäten

Bei soviel Engagement mag der Bruder von Iris-Kathrin, Sven-Onnen, nicht zurückstehen. Auch er gehört zu den Gründern des Heidenkreises. Da ihm das Wirken in dieser Kleingruppe offenbar nicht genug Ausgleich zum Studium bietet, ist er zugleich in einer Burschenschaft aktiv. Im Sommer 1997 lud er in seiner Funktion als Erstchargierter der Burschenschaft Hansea zu deren 71. Stiftungsfest ein. Vielleicht war ein weiterer Bruder, Jörg, beim Gründungstreffen des Heidenkreises nur verhindert. Schließlich ist er vielbeschäftigter Jungunternehmer. Bei der Hetendorfer Tagungswoche in diesem Jahr aber begleitete er Mutter und Schwester wieder. Familiensinn ist Pflicht in Heidenkreisen. Doch auch Jörg hat ein weiteres Betätigungsfeld: er ist Landesschatzmeister des „Bund Freier Bürger“ in Hamburg.

Nicht nur Familie Fischer verbindet „unpolitische“ heidnische Aktivitäten im Heidenkreis mit offenem

politischen Tun. Das gilt auch für Lutz Heckel, den Bruder des ehemaligen Pressesprechers der Deutschen Burschenschaft und Mitarbeiters des „Ostpreußenblattes“ Hans Heckel, der wie sein Bruder in der „Gruppe 146“ aktiv war. Lutz zeichnete verantwortlich für Flugblätter dieser Hamburger Besonderheit um den „Nationalmarxisten“ Reinhold Oberlercher, die gegen Ende der DDR die extreme Rechte der Stadt zu bündeln versuchte. Heckels heutige Ehefrau Mariana, damals Tiedemann, gehörte ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern des Heidenkreises. Dies gilt auch für Heidin Beate-Sophie Grunske, die für die von Burschenschaftlern dominierte Liste uni-aktiv zum Hamburger Studierendenparlament kandidierte. Die Studentin der Erziehungswissenschaften ist außerdem die deutsche Verantwortliche der Jugendorganisation des „neu“rechten Netzwerkes Synergies Européennes, der Jeunes d'Europe. Diese versuchen, auf europäischer Ebene die Traditionen der Bündischen Jugend aufzugreifen. Wie eng Grunske selbst mit dieser Jugendbewegung verbunden ist, beweist ihr Nachruf auf den „neu“rechten Bündischen Peter Schmitz in der Zeitschrift „Nouvelles de Synergies Européennes“ (Nr. 19, 1996, S. 21 f.).

Germanische Naturreligionen

Überhaupt scheinen die Beziehungen zu den Synergies Européennes, deren deutsche Sektion Synergon sich auf dem Haus der Hamburger „Burschenschaft Germania“ trifft, innig zu sein. So inseriert der Heidenkreis für seine Seminare im Mitteilungsblatt der Synergies, z. B. für am 15./16. Juni 1996 „Einführung in die Kultfeiern der europäischen Naturreligion“ und am 7./8. September 1996 „Heidnische Meditationen“. Wenn Synergon dann selbst zum Kolloquium ruft, ist auch der Vorsitzende und Senior des Heidenkreises, Daniel Junker, zur Stelle. Am 17. Mai vergangenen Jahres eröffnete er das erste Kolloquium von Synergon mit seinen „Thesen zum Bioregionalismus“. Wiederum keineswegs ein Zufall, denn Junker ist zugleich der Verantwortliche der ökologischen Vorfeldorganisation der Synergies, der Amicale Ecologique Européenne (Europäischer Ökologischer Freundeskreis). Natürlich stellte er in seinem Vortrag den besonderen spirituellen Charakter des Bioregionalismus heraus und betonte, daß dieser, da amerikanischen Ursprungs, erst noch den europäischen Realitäten angepaßt werden müsse. Besonders versuchte er, eine Fusion aus den bioregionalistischen

Gedanken und den regionalistischen Ansätzen des „Junge Freiheit“-Redakteurs Jürgen Hatzenbichler zu bilden. Heftig diskutiert wurde danach, ob und auf welche Weise es möglich sein könne, eine Verbindung zwischen Bioregion und Volk herzustellen und ob auch Großstädte Bioregionen sein könnten.

Wenn auch Junkers Thesen umstritten waren, so bildeten sie doch eine thematische Einheit mit den weiteren Vorträgen. Tim Hankel führte in das Denken des heidnischen, vehement antichristlichen italienischen Philosophen Julius Evola ein, und das nationalrevolutionäre Urgestein Heinz-Dieter Hansen sprach über „Idee und Entwicklung des Europäischen Nationalismus“. Hansen ist langjähriger Aktivist der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“. In deren Schriftenreihe „Junges Forum“ erschien wenig später ein Heft unter dem Titel „Versuchung oder Chance? Bioregionalismus und volkstreue Politik“ eines Peter List, dessen Argumentation haargenau der Junkers gleicht. Zufall oder Daniel Junker?

Verbindung zwischen Bioregion und Volk

Bei der „Germania“ hatte Junker am 26. Januar 1996 einen anderen Vortrag über Evola gehört: Den des neuheidnisch-esoterischen Aktivisten und Verlegers Stefan Ulbrich. Zwar war Ulbrichs Vortrag nur sehr mäßig besucht, da das Thema für Burschenschafter denn wohl doch zu anspruchsvoll war, doch den Anwesenden gefiel das Referat so gut, daß Ulbrich zum gleichen Thema bei der 2. Freideutschen Sommerakademie reden durfte. Auch Junker und seinen heidnischen Freunden hatte der Vortrag gefallen. Deshalb wurde mit Ulbrich ein mehr als einstündiges Interview geführt, von dem Auszüge auf einer Seite des einfach gestalteten Heidenkreis-Mitteilungsblattes „Thing“ erschienen. Der ehemalige „Junge Freiheit“-Redakteur Stefan Ulbrich, der noch immer engen Kontakt zu seinen ehemaligen Kollegen dort pflegt, revanchierte sich. Als er selbst als „leicht verwilderter Bairokeser“ in dem Esoterikmagazin „Connection“ (4/97) zum Bioregionalismus schrieb, da fand sich auf der gleichen Seite auch Daniel Junker mit naturreligiösen Ausführungen.

So schließt sich der Kreis, und Heiden und Esoteriker der extremen Rechten finden Verbreitungsmöglichkeiten über ihre engen Zirkel hinaus bis in Blätter mit Massenverbreitung.

Unterwanderung der
„Rentnerpartei“

Parolen vom Stammtisch

Der revanchistische „Wählerbund Deutschland“, um den die „Deutschland Bewegung“ von Alfred Mechtersheimer fleißig buhlt, versucht mittlerweile selbst, andere Gruppierungen und Kleinstparteien in sein Boot zu holen. Solch ein Versuch wird gerade in Neumünster (Schleswig-Holstein) praktiziert.

Dort möchte im März die „Rentnerpartei“ als neue kommunale Kraft bei den Kommunalwahlen auftreten. Diese hat ihren Bundessitz in Kassel und hat inzwischen in zwölf Bundesländern Landesverbände gegründet, so auch in Schleswig-Holstein. Die Fäden für den „Wählerbund Deutschland“ im nördlichsten Bundesland ziehen Prof. Alexander von Waldow (Eckernförde) sowie Helmut Reichmann (Lepahn/Kreis Plön). Beide zählen auch zu den Landesspitzen der DSU, von Waldow ist sogar im Bundesvorstand, Reichmann nimmt die Funktion eines Landesbeauftragten wahr. Er ist zugleich Kreisvorsitzender im Bund der Vertriebenen. In dieser Rolle trat Reichmann 1995 zum 50. Jahrestag der Befreiung von der NS-Herrschaft mit einer Zeitungsanzeige („Gegen das Vergessen“) in Erscheinung. Darin heißt es wörtlich: „Die Vertriebenen sind befreit worden: von Haus und Hof, von Hab und Gut, von ihren Freunden, Nachbarn, Schulkameraden, von allem, was ihnen lieb und teuer war.“ (6. Mai 1995/Kieler Nachrichten) Reichmann weilte inzwischen mehrfach bei Treffen der „Rentnerpartei“ in Neumünster, um für seine Ziele und Interessen zu werben. Das ist insofern auf fruchtbaren Boden gestoßen, als daß sich die örtliche „Rentnerpartei“ der Hilfe und Logistik des „Wählerbundes Deutschland“ zur Kommunalwahl bedienen möchte. Umgekehrt erwartet der „Wählerbund“ nach Worten von Reichmann das gleiche, wenn seine Partei bei Bundestags- oder Landtagswahlen auftreten will. Dann sollen die „Rentner“ als Wahlkampfshelfer in die Bresche springen. Nur eines wolle man nicht: Durch gegenseitiges Kandidieren die eigenen Chancen minimieren. Der „Wählerbund Deutschland“ wirbt derzeit für doppelte Mitgliedschaften in der „Rentnerpartei“ und in der eigenen.

Leistungsempfänger zum Nulltarif

Während der Bundesvorstand der „Rentnerpartei“ die Liaison eher skeptisch und zurückhaltend bis distanziert betrachtet, deutete Ronald Boehlke für den Landesvorstand Schleswig-Holstein an, daß einer Zusammenarbeit nichts im Wege stehen würde. Schließlich sei man sich ja in den Hauptausagen der Parteiprogramme einig. Bislang führte die „Rentnerpartei“ einen sehr bescheidenen Wahlkampf mit wenigen Zeitungskurzanmeldungen und mageren Aushängen. Das möchte der Kreis(Orts-)vorsitzende Karl Schmiederer aber schnellstens ändern. Reichmanns Know-how soll unter anderem mehr Professionalität in die eigenen Aktionen bringen. Mit den „Stammtischthemen“ „Plünderung der Rentenkasse“ und „Verschwendung von Steuergeldern“ lockt man populistisches Klientel, das sich bisher vier Jahre lang bei der „Statt-Partei“ wohl fühlte (drittstärkste Kraft im Rathaus Neumünster).

In einem schriftlichen Entwurf Schmiederers wird moniert, daß die hohen Kosten im Gesundheitswesen unter anderem daher rühren, daß ein großer Teil der Krankenkassenbeiträge für Nichtbeitragszahler verwendet würden, „die alle Leistungen und Medikamente zum Nulltarif erhalten.“ ...“Die Ursache liegt darin, daß wir ein Einwanderungsland sind und alle Kosten tragen müssen“, heißt es bei Schmiederer weiter. Mündlich wird er dann noch deutlicher: Die Asylbewerber seien der Hauptkostenfaktor als Nichtbeitragszahler.

B. Ohne

Rechte Finanziars

Wien – Die österreichische Wochenzeitung „Zur Zeit“, ein Ableger der bundesdeutschen „Jungen Freiheit“, wird vor allem durch rechtslastige Verlage finanziert, wie von dem österreichischen Magazin „BOOM“ offengelegt wurde.

Auf der Liste der Geldgeber des Blattes, das seit Ende Oktober mit einem Umfang von 20 Seiten erscheint, steht z. B. der bundesdeutsche Großverleger Herbert Fleissner (Witiko-Bund) mit 20 Prozent Beteiligung. Der Grazer Leopold Stocker-Verlag hält 10 Prozent, ebenso wie die „Junge Freiheit“ und Chefredakteur Andreas Mölzer, der über seinen Edition-K3-Verlag an der W3-VerlagsGesmbH & Co. KG beteiligt ist. Mit von der Partei ist auch noch der Karolinger-Verlag.

A.M.

BÜCHERSCHAU

HeldentöchterEin Erinnerungsbuch
von Antje Dertinger

Über Antifaschisten wurde etliches geschrieben, doch wie die Kinder von Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern den Terror der Nazi-Zeit, Verhaftung und Ermordung der Eltern erlebten, welche Spuren sich damit in ihrem Leben eingruben – dieser Komplex war bisher kein Thema. Die Bonner Autorin Antje Dertinger, schon vor Jahren mit Veröffentlichungen zur Arbeiterbewegung und dem Widerstand hervorgetreten, hat sich an die Töchter von Widerstandskämpfern gewandt: nicht um die Geschichte der Eltern zu rekonstruieren, sondern um die Erlebnisse der Kinder und deren Verarbeitung zu erfahren. Unter dem Titel „Heldentöchter“ hat sie nun im Bonner Dietz-Verlag die Portraits von zwölf sehr verschiedenen Frauen veröffentlicht, die zugleich als Sechzig- bis Achtzigjährige zu den letzten Zeitzeugen gehören.

Die Frauen, die aus verschiedenen politischen und sozialen Milieus kamen und nach 1949 jeweils aus Überzeugung in beiden deutschen Staaten lebten, haben der Autorin in langen Gesprächen Erlebnisse und Erfahrungen anvertraut, die lange zurückliegen. Es spricht für die Fähigkeit Antje Dertingers, sich einzufühlen, daß ihr schmerzhaftes Erinnerungen offenbart wurden; Gefühle und Ängste, die aus der Verhaftung und schließlich – in mehreren Fällen – der Ermordung von Vater oder Mutter durch die Justiz des Hitler-Staates erwachsen. Die Berichte werden ergänzt von Fotos, zum Teil Familienaufnahmen, die uns die Menschen, von denen hier die Rede ist, noch näher bringen. Die Kombination von Text und Bild zeigen mit den Eltern Menschen, die aus Überzeugung gegen den Nazi-Staat gekämpft haben, um damit auch ihren Kindern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das Überwinden ihrer Ängste macht sie zu Helden, nicht ihre Stilisierung aus politischen Gründen.

Die Frauen, die sich Antje Dertinger anvertrauten, sind der interessierten Öffentlichkeit wahrscheinlich nur zum geringeren Teil bekannt. Dies ist nicht der entscheidende Punkt, entscheidend ist jedes einzelne Schicksal, das die Heldentöchter auch über weltanschauliche und soziale Schranken hinweg miteinander verbindet. So werden in diesem

Buch die Prinzessinnen zu Löwenstein vorgestellt, aber auch die Tochter von Ruth Werner, die für den sowjetischen Nachrichtendienst arbeitete. Greta Wehner erinnert sich liebevoll an ihren Vater, Carl Burmester, der von den Nazis ermordet wurde als sie zehn Jahre alt war. Jede der zwölf Frauen sieht mit Liebe und Respekt auf die Eltern zurück, die für die Kinder ein Leben in Frieden und Freiheit wünschten, mit ihrem Engagement dafür Gefahr auf sich nahmen und verfolgt wurden. Es ist wichtig, diese Aufzeichnungen, die Bilder dieser Menschen öffentlich weiterzugeben: Die Erinnerung kann uns helfen, neuen Gefahren zu wehren und damit auch zu verhindern, daß Kinder um ihre Eltern trauern müssen, weil ihr Leben gewaltsam beendet wurde. So wurde Antje Dertinger auch bei ihren Lesungen aus diesem Buch verstanden.

Rudolf Schwinn

Antje Dertinger, *Heldentöchter*. Mit einem Vorwort von Susanne Miller. 228 Seiten, 40 Abbildungen. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn, DM 44,00.

HINWEIS

Frankfurt - Im DGB-Haus ist vom 27. Januar bis 22. Februar die Ausstellung des Fritz-Bauer-Instituts, Frankfurt „Bilder im Kopf - Auschwitz/Oswiecim. Einen Ort sehen“ zu besichtigen. Dokumentiert wird die intensive Auseinandersetzung von heutigen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern mit der Geschichte und Gegenwart des größten KZs und Vernichtungslages der Nazis und der polnischen Kleinstadt in seinem Schatten. Die Wanderausstellung (mit Texten in deutscher und polnischer Sprache) ist ein bislang beispielloser Versuch, deutsche und polnische Wahrnehmungen der Geschichte in Beziehung zueinander zu setzen. An einem Ort, der zugleich Schauplatz der versuchten Auslöschung des Judentums war. Die Ausstellung zeigt insgesamt 78 Photographien von Jugendlichen, die zwischen 1991 und 1995 an Photoworkshops der Internationalen Jugendbegegnungsstätte teilnahmen.

Info: Fritz Bauer Institut, Tel. 069-975811-0, fax -975811-90. Ort: DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt/Main
Zur Ausstellung ist auch ein Buch in deutscher und polnischer Sprache erschienen: Edition Hentrich, Berlin 1997

Tagebuch

Bad Segeberg - Thekla Kosche, Kopf des neonazistischen „Nordland-Netzes“, plädiert dort gegen die Unterstützung „nationaler“ Parteien. Demnach stellten diese „keine echte revolutionäre Alternative zum bestehenden System dar.“ Parteien wie NPD, DVU und REP seien auch von „staatlichen Spitzeln durchsetzt“, die es „immer verhindern“ werden, daß von diesen Parteien „eine echte Gefährdung ausgeht“, so Kosche.

Berlin - Die „Hochschulgruppe der Nationalen“ (HdN), die Studierendenorganisation der neonazistischen Vereinigung „Die Nationalen“, existiert nach der Selbstauflösung letzterer (vgl. BNR 25-26/97) unter der Bezeichnung „Hochschulgruppe“ weiter. Erhältlich ist weiterhin auch die HdN-Schriftenreihe, die mit publizistischen Ergüssen der emeritierten Professoren Klaus Hornung, Emil Schlee und Helmut Schröcke aufwartet.

Berlin - Dem langjährigen Vorsitzenden der „Nationalen“ und nunmehr aktiven Nationaldemokraten Frank Schwerdt wird wegen eines anhängigen Verfahrens wegen Verbreitung von rechtsextremen Propagandamitteln der Führerschein unbefristet vorenthalten. Er sei, so ein Schreiben der Führerscheinstelle, womöglich für das Führen eines Fahrzeuges „charakterlich nicht geeignet“.

Berlin - Ein „Zusammenschluß autonomer nationaler Zusammenhänge“ in Berlin teilt in seinem Jahresrundsreiben mit, daß „der Kampf um die Befreiung unseres Volkes im neuen Kampfbuch“ inzwischen in die „entscheidende Phase“ getreten sei. Der Tag, an dem „nationale Freiheitskämpfer wieder - dem Befehl ihres Gewissens gehorchend - zur Waffe greifen werden“, rücke spürbar näher. Dies meldet die Internet-Ausgabe der neonazistischen „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ). In dem Rundschreiben wird von „gezielter Sabotage“ gegen den herrschenden Zeitgeist“ gesprochen. Gezielt müsse der „Wehrwillen in der Jugend“ erweckt und diese zum „totalen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse“ mobilisiert werden. „Zur Erneuerung Deutschlands“ reiche es nicht aus, „die bestehenden Machtstrukturen zu kennen, man müsse sie angreifen und letztendlich vernichten.“

Berlin - Im Berliner Stadtbezirk Mitte hat am 27. Dezember vergangenen Jahres ein Konzert der rechtsextremen Skinhead-Bands „Freikorps“ und

„Radikahl“ sowie zwei ausländischen Gruppen stattgefunden. An dem Rockkonzert sollen 800 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland teilgenommen haben.

Berlin - Die NPD will nach eigenen Angaben bei den voraussichtlich im September dieses Jahres stattfindenden Kommunalwahlen in Brandenburg in folgenden zwölf Städten und Gemeinden mit eigenen Kandidaten antreten: Fürstenwalde, Cottbus, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt, Guben, Eberswalde, Bernau, Joachimsthal, Hennigsdorf, Oranienburg, Neuruppin und in der Uckermark.

Bingen/Recklinghausen - „Recht und Freiheit muß man schützen gegen die, die oben sitzen!“, lautet eine Anzeige in dem revanchistischen Wochenblatt „Der Schlesier“ vom 16. 1. 1998. Verantwortlich für die kämpferische Dichtung zeichnete der Leserkreis der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“.

Bremen - Die Bundeswehr hat gegen den „Republikaner“-Funktionär und beamteten Fachschul-Oberlehrer an der Bundesweherschule Reinhard Willnow disziplinarische Vorermittlungen eingeleitet. Dies bestätigte Zeitungsberichten zufolge eine Sprecherin der zuständigen Wehrbereichsverwaltung II (WBV) in Hannover und nannte als Begründung für diese Maßnahme, daß die Bundeswehr nunmehr verschärft gegen Rechtsextremisten in den eigenen Reihen vorgehe. Im Frühjahr 1994, als die „Republikaner“-Mitgliedschaft des Lehrers an der Bremer Bundeswehr-Fachschule öffentlich bekannt wurde, hatte die Wehrbereichsverwaltung lapidar erklärt, die bloße Aktivität für eine nicht verbotene Partei sei kein Grund für ein Disziplinarverfahren.

Dresden - Der NPD-Landesverband Sachsen hat sich nach Einschätzung des Verfassungsschutzpräsidenten mit 800 Mitgliedern zu einem der stärksten in Deutschland entwickelt. Der größte Teil der Mitglieder sei jünger als 30 Jahre. Nach Eigenangaben des NPD-Landesverbandes Sachsen soll der Mitgliederstand im vergangenen Jahr gar von 300 auf etwa 1.000 angewachsen sein. Über Freundeskreise initiiert die NPD Bündnisbestrebungen, die das gesamte rechtsextreme Lager zusammenführen sollen, Ziel sei dabei, „auch radikalere Kräfte zu integrieren“. In einem Strategiepapier kündigte die NPD an, sie wolle bei den sächsischen Kommunalwahlen im Frühjahr 1999 antreten, um dort einen „Achtungserfolg“ zu erzielen und dann im

Herbst bei den Landtagswahlen ins Parlament einzuziehen.

Gotha (Thür.) - Paul Latussek, Vizepräsident des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), ist beim ersten Bundeskongreß der ultrarechten „Wählergemeinschaft deutscher Heimatvertriebenen und Entrechteter“ (WDHE) in Gotha zum Vorsitzenden gewählt worden. Der WDHE wurde im Juni 1997 in Zwickau gegründet und steht nach eigenem Bekunden in der Tradition des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE).

Hattingen - Der Holocaustleugner Udo Walendy wurde auf der jüngsten nordrhein-westfälischen Landesdelegiertentagung der NPD zum Spitzenkandidaten der NRW-NPD für die Bundestagswahl gewählt. Auf Platz 2 folgt ihm der der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Udo Holtmann. Im „Thule-Netz“ und in NPD-Kreisen taucht in jüngster Zeit immer wieder die Frage nach einer möglichen Mitarbeit Holtmanns für den Verfassungsschutz auf. Die mögliche Geheimdienst-Mitarbeit Holtmanns wurde erstmals in der „Deckert-Stimme“ im Sommer 1997 erhoben und zieht szenenintern immer größere Kreise.

Karlsbad (Ba-Wü) - Im Fahrwasser der „Deutschland-Bewegung“ des Rechtsextremisten Alfred Mechttersheimer bewegt sich zunehmend das Blatt „Cogito“ (Karlsbad/Baden-Württemberg), das von Mitgliedern des umstrittenen „Pfadfinderbundes Süd“ ins Leben gerufen wurde. Medienberichte über Mechttersheimer werden in „Cogito“ hämisch unter der Überschrift „Die freiwillig gleichgeschaltete Presse in Aktion - Meinungsmanipulation und Hetze gegen Andersdenkende“ kommentiert. Offizieller Herausgeber des Blattes ist ein A. Hentschel aus Karlsbad.

Karlsruhe - Neuer Vorsitzender der „Republikanischen Jugend“ in Baden-Württemberg ist Markus Burkhard aus Karlsruhe; Stellvertreter wurden Heiko Auchter (Heilbronn) und Thomas Schäfer (Karlsruhe).

Kiel - Das in rechtsextremistischen Kreisen hochgelobte Buch „Verbrechen an der Wehrmacht“, auszugsweise in Folge auch in der „Jungen Freiheit“ nachgedruckt, wird im Rahmen seines Buchdienstes vom Arndt-Verlag des Kieler Verlegers Dietmar Munier an treue Verlagskunden verschickt. Autor des Machwerkes ist Franz Seidler, Profes-

sor an der Bundeswehruniversität München und Autor in „Criticon“.

Lingen/Ems - Mit aggressiver Werbung mittels postalischer Zustellung von Werbeprospekten macht seit einigen Wochen ein „Nibelungen Versand“ aus dem niedersächsischen Lingen auf sich aufmerksam. Offeriert werden neonazistische Hardcore-CDs von Skin-Bands wie „Schwarzer Orden“, „Faustrecht“, „Freikorps“, „Grenadier“, „Kraftschlag“ und „Hauptkampflinie“. Hinter der Projekt soll der einschlägig bekannte Neonazi und Vertreiber von Skin-Musik, Jens Hesser (Lingen), stehen.

Ludwigshafen - Gegen das im Oktober vergangenen Jahres von dem 28jährigen Neonazi Christian Hehl in Ludwigshafen eröffnete Ladengeschäft „Hehl's World“ (vgl. BNR 23/97) regt sich zunehmender Widerstand. Eine Bürgerinitiative in der linksrheinischen Chemiestadt Ludwigshafen versucht dem braunen Spuk nun ein Ende zu bereiten. In „Hehl's World“ werden „T-Hemden“, „Sweat-Hemden“ (sic!), Steinkrüge, Fahnen, Kalender, Messer, Litatur und Tonträger angeboten. Rechtzeitig vor dem Weihnachtsgeschäft verschickte Hehl außerdem einen Katalog des angeschlossenen „Sturm-Verlag“. Der Skinhead Hehl gehörte in der Vergangenheit der „Nationalistischen Front“, der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ an. Wie viele andere Kader verbotener neonazistischer Organisationen fand auch Hehl in der Zwischenzeit Unterschlupf bei den „Jungen Nationaldemokraten“.

Marburg - Der „Republikanische Hochschulverband“ (RHV) hat im Januar den Wiedereinzug in das Studentenparlament der Marburger Universität geschafft. Allerdings erzielte der RHV bei einem Stimmenergebnis von 3,2 Prozent, ein minus von 0,5 Prozentpunkten, nur noch einen Sitz. Im Vorjahr war der RHV mit zwei Mandaten im Studierendenparlament vertreten. Damals kandidierten der Jurastudent, REP-Multifunktionär und Autor in „Nation & Europa“, Eike Erdel (26), und der Philosophiestudent Daniel Schäfer (23) erfolgreich für den universitären Ableger der „Republikaner“. Die angekündigten Kandidaturen an weiteren Universitäten bleiben bislang aus.

Offenburg/Stuttgart - Die „Republikaner“-Funktionäre Manfred Ellinger und Rolf Ossmann wurden vom Landgericht Offenburg in zweiter Instanz



wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen von DM 2.700 bzw. 2.200 verurteilt. Der Polizist und REP-Kreisvorsitzende Ellinger hatte auf einer Wahlkampfveranstaltung 1996 hinsichtlich ausländischer Zuwanderer von „Wirtschaftsflüchtlingen“, „Parasiten“ und „Flöhen“ gesprochen; die Rede dazu verfaßt hatte ihm der stellvertretende Kreisvorsitzende Ossmann.

Die Landtagsfraktion der rechtsextremen „Republikaner“ in Stuttgart hat auf einer Klausurtagung Vorschläge erarbeitet, wie beim Haushalt des Landes Baden-Württemberg 1,8 Milliarden Mark eingespart werden könnten. Gespart werden sollte nach Vorstellungen der REP beispielsweise durch Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz und der Landeszentrale für Politische Bildung, durch Kürzungen der Mittel für Spätaussiedler und Asylbewerber sowie bei der Suchthilfe etc.

Stuttgart - In Bayern, dem Stammland der „Republikaner“, sollen von 85 Kreisverbänden „vielleicht gerade noch 30“ arbeiten, erklärte der frühere stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Otmar Wallner, der Ende August 1997 die Partei verließ, in einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (Stuttgart). Der Schlierer-Partei sagt der abtrünnige REP ein Scheitern bei der Bundestagswahl voraus, da nur „ein abgestimmtes Vorgehen der Rechten“ Wahlerfolge ermögliche. Wichtig sei, so Wallner, verstärkt die soziale und nationale Frage zu thematisieren. Als schädlich erweise sich die „Instrumentalisierung der 6-Millionen-Zahl, der man damit in eine Prozeßflut verwickelt wird, die einer politischen Partei immer nur schaden kann.“

Tübingen - Das Tübinger Amtsgericht verurteilte den rechtsextremen Verleger Wigbert Grabert (56) am 14. Januar wegen Verbreitung jugendgefährdender Schriften zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 10.500,—. Anlaß des Verfahrens war ein im „Hohenrain-Verlag“ 1995 erschienenes Werk „Wolfs-

Adresse:

gesellschaft“ von Carl-Friedrich Berg. Die Druckschrift verunglimpft Juden und Türken, und beinhaltet nach Auffassung des Staatsanwaltes Angriffe auf das demokratische System. Hinter dem Pseudonym Berg steckt der Jurist Dr. Rainer Maria Kohls. Autor Kohls konnte nicht als Zeuge vor Gericht geladen werden, da er sich zur Zeit vermutlich im Ausland aufhält. Kohl alias Berg veröffentlichte außerdem bei Grabert den Titel „In Sachen Deutschland“, der bereits im Dezember 1995 eingezogen worden war. Von den ursprünglich 15.000 Exemplaren konnte die Tübinger Staatsanwaltschaft damals noch 480 Stück beschlagnahmen. Wegen der beiden Berg-Titel führte die Kieler Staatsanwaltschaft im August 1996 eine Durchsuchung in den Räumen der „Lesen und Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH“ von Dietmar Munier durch.

Würzburg - Auf der Bundesversammlung der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) in Würzburg wurde Rene Nehring als Nachfolger von Bernhard Knapstein zum neuen Bundesvorsitzenden bestimmt. Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Bundesvorsitzende Elard von Gottberg, Uwe Faesel und Stefan Rochow. Zum Schatzmeister wurde Klaus Gundlach gewählt. Als Beisitzer fungieren Rüdiger Stolle, Bernhard Knapstein, Christian Schaar und Gunda Sievers.

Als Organ dient der JLO das unregelmäßig erscheinende Blättchen „Fritz“. In der jüngsten Ausgabe (Dezember 1997) wird heftig das Medium Fernsehen attackiert („Wie das Fernsehen >rechte Gewalt produziert“.)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Heussallee 1-10, Pressehaus I/216, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH Berlin;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten